



Markus Hahn

Die Verortung
der natürlichen Person
im Europäischen
Zivilverfahrensrecht



PETER LANG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einführung	1
Kapitel 1: Einleitung	3
A. Gegenstand und Ziel der Arbeit	3
B. Gang der Untersuchung	5
C. Die Auslegung der Anknüpfungsmomente	6
Kapitel 2: Die konkurrierenden europäischen Zuständigkeitsordnungen	9
A. Die Regelungen der internationalen Zuständigkeit	9
B. Interessen bei der Zuordnung der internationalen Zuständigkeit	12
I. Staatliche Interessen	12
II. Parteiinteressen	13
III. Festlegung der Zuständigkeiten als nationale Angelegenheit	13
C. Folge der unterschiedlichen Zuständigkeitsregelungen für die Anerkennung einer Entscheidung	16
I. Notwendigkeit der Anerkennung und Vollstreckung	16
II. Bilaterale Staatsverträge als Folge unterschiedlicher Zuständigkeitsregelungen	18
D. Das Zusammenspiel zwischen Entscheidungs- und Anerkennungszuständigkeit	19
E. Exkurs: Das Ziel einer idealen Zuständigkeitsordnung	21
I. Grundsatz der strikten Egalität der Staaten	22
II. Keine Vorfestlegung auf ein bestimmtes Anknüpfungsmoment	23
III. Verwirklichung des idealen Systems auf Gemeinschaftsebene?	24
F. Zusammenfassung	25

Kapitel 3:	Entwicklung und Stand des Europäischen Zivilverfahrensrechts	27
A.	Das EWG-Übereinkommen von 1968	27
B.	Die erweiterten Handlungsmöglichkeiten nach dem Vertrag von Maastricht	29
C.	Die Vergemeinschaftung der ziviljustiziellen Zusammenarbeit	31
D.	Die Brüssel I-Verordnung vom 22. Dezember 2000	32
E.	Ehe- und Kindschaftsverfahren	33
F.	Grenzüberschreitende Kooperation im Europäischen Justizraum	34
I.	Zustellungen im europäischen Binnenmarkt	34
II.	Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Beweisaufnahme	35
III.	Prozesskostenhilfe	35
G.	Die Europäische Insolvenz-VO	36
H.	Auf dem Weg zur Abschaffung des Exequaturverfahrens	37
I.	Der Europäische Vollstreckungstitel für unbestrittene Forderungen	38
II.	Die Europäische Mahnverordnung	39
III.	Das Europäische Verfahren für geringfügige Forderungen	40
IV.	Die Europäische Unterhaltsverordnung	40
I.	Aktuelle Entwicklungen im Europäischen Zivilverfahrensrecht	42
J.	Zusammenfassung	43
Kapitel 4:	Die Abkehr vom Staatsangehörigkeitsprinzip im Europäischen Zuständigkeitsrecht	45
A.	Allgemeines	45
B.	Die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	45
C.	Die Gründe für die Abkehr von der Staatsangehörigkeitsanknüpfung	47
I.	Abkehr von der Staatsangehörigkeitsanknüpfung als Gebot der Logik?	48
II.	Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot?	50
1.	EuGVÜ als Teil der gemeinschaftsrechtlichen Normenhierarchie	50

2. Verbot der Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit	51
3. Diskriminierung wegen der Staatsangehörigkeit durch Art. 3 Abs. 1 lit. a 6. Spiegelstrich EuEheVO II	52
4. Zusammenfassung	54
III. Das Ziel des Gemeinsamen Binnenmarktes	54
IV. Staatsangehörigkeit als starres Anknüpfungsmoment	56
V. Praktikabilitätsabwägungen	57
VI. Zusammenfassung	58
D. Verbleib der Staatsangehörigkeit als Anknüpfungskriterium	58
I. Besondere Zuständigkeit nach Art. 5 Nr. 4 EuGVÜ/EuGVVO für Adhäsionsverfahren	59
II. Klägerforum bei gemeinsamer Staatsangehörigkeit nach Art. 3 Abs. 1 lit. b EuEheVO II	60
E. Ergebnis	61
Kapitel 5: Die Wohnsitzanknüpfung im Europäischen Zivilverfahrensrecht	63
A. Das Zuständigkeitssystem der Brüssel I-Verordnung	63
B. Die verschiedenen Wohnsitzbegriffe innerhalb des Brüssel I-Regimes	64
C. Folgen der ungleichen Wohnsitzbegriffe	67
I. Verhinderung einer autonomen Auslegung des Wohnsitzbegriffs	68
II. Vielzahl der Wohnsitzbegriffe in der heutigen EU	69
III. Kompetenzkonflikte	69
1. Positive Kompetenzkonflikte	70
2. Negative Kompetenzkonflikte	70
a) Lösungsmöglichkeiten	71
b) Kritik	71
c) Stellungnahme	72
D. Vereinheitlichungsbemühungen des Wohnsitzbegriffs	72
I. Wohnsitzbegriff nach der Renvoi-Konvention	72
II. Empfehlung des Europarates vom 18. Januar 1972	73
1. Wohnsitz als mit der Absicht des Bleibens freiwillig gewählter Lebensmittelpunkt	74

2. Fortdauer des Wohnsitzes	75
3. Abgeleiteter Wohnsitz Minderjähriger	76
4. Zusammenfassung	77
III. Wohnsitzdefinition durch den EuGH?	77
1. Die Entscheidung Fernández gegen die Kommission der Europäischen Gemeinschaften	78
2. Die Entscheidung Paraskevas Louloudakis gegen Elliniko Dimosio	79
3. Zusammenfassung	81
E. Der Wohnsitzbegriff als Verortungsmerkmal im übrigen Europäischen Zivilverfahrensrecht	81
I. Der Wohnsitz als Bestimmungsmerkmal der „grenzüberschreitenden Rechtssache“	81
II. Der Wohnsitz in weiteren gemeinschaftsrechtlichen Rechtsakten	85
1. Der Wohnsitz des Verbrauchers als Voraussetzung der Bestätigung eines Titels nach der EuVTVO	85
2. Der Wohnsitz des Schuldners im Rahmen des insolvenzrechtlichen Zuständigkeitsrecht	85
3. Verwendung des Wohnsitzes in der EuZustVO	86
4. Autonome Auslegung des Wohnsitzbegriffs?	87
a) Grundsätzliches Gebot der autonomen Auslegung	87
b) Völkerrechtlicher Ursprung von EuInsVO und EuZustVO	87
c) Stellungnahme	88
d) Konsequenz für die Rechtsanwendung	88
F. Zusammenfassung	89
Kapitel 6: Der gewöhnliche Aufenthalt der natürlichen Person	91
A. Allgemeines	91
B. Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungsmoment der EuEheVO II	92
I. Allgemeine Bemerkungen	92
II. Zur Entstehungsgeschichte der EuEheVO II	93
1. Das Haager Übereinkommen über die Anerkennung von Ehescheidungen und Ehetrennungen vom 1. Juni 1970	93
2. Der Heidelberger Entwurf der „Groupe Européen de Droit International Privé“ vom 2. Oktober 1993	95

3. Das EuEheÜ vom 28. Mai 1998	97
4. Die EuEheVO I vom 29. Mai 2000	98
5. Die EuEheVO II vom 27. November 2003	98
6. Zusammenfassung	99
III. Der gewöhnliche Aufenthalt im Rahmen von	
Art. 3 EuEheVO II.....	100
1. Vorbemerkung: Das zuständigkeitsrechtliche Anknüpfungsmerkmal als Ausdruck einer räumlichen Nähe zum Gerichtsstaat	100
2. Der schlichte Aufenthalt.....	102
3. Der Aufenthalt als gewöhnlicher	104
a) Der gewöhnliche Aufenthalt nach der von <i>Borrás</i> zitierten Entscheidung des EuGH	104
b) Gewöhnlicher Aufenthalt kraft sozialer Integration	105
c) Begründung des gewöhnlichen Aufenthalts durch längeren Aufenthalt oder die Absicht den Aufenthaltsort zum Lebensmittelpunkt zu machen	106
d) Stellungnahme	107
aa) Die Voraussetzung der freiwilligen Wahl des Aufenthaltsortes in Bleibeabsicht	108
bb) Das Erfordernis einer sozialen Integration.....	108
cc) Der gewöhnliche Aufenthalt als der Lebensmittelpunkt einer natürlichen Person	110
e) Ergebnis	112
IV. Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts in	
Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung	112
1. Der gewöhnliche Aufenthalt als Anknüpfungsmerkmal im Rahmen von MSA und KSÜ	114
2. Der gewöhnliche Aufenthalt als Zuständigkeitsmerkmal nach Art. 8 EuEheVO II.....	117
a) Zweck der Zuständigkeitsvorschrift des Art. 8 EuEheVO II	117
b) Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts durch den EuGH.....	118
3. Zuständigkeitsfortdauer in Fällen von Kindesentführungen.....	121
4. Zusammenfassung	122

C.	Der Entwurf für eine Europäische Erbrechtsverordnung	122
I.	Einführung	122
II.	Der gewöhnliche Aufenthalt als kollisionsrechtliches Anknüpfungsmerkmal	124
1.	Auslegung des gewöhnlichen Aufenthalts durch die Europäische Kommission.....	126
2.	Kritik	126
3.	Lösungsvorschlag	128
III.	Zusammenfassung	129
D.	Ergebnis.....	130
Kapitel 7:	Der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen - COMI.....	131
A.	Allgemeines.....	131
B.	Die Entwicklung des Europäischen Insolvenzrechts	132
I.	Bemühungen um ein Europäisches Konkursübereinkommen	132
II.	Das Anknüpfungsmerkmal des Geschäftszentrums des Schuldners.....	134
1.	Der erläuternde Bericht von Lemontey zum Entwurf 1980.....	134
2.	Allgemeine Stellungnahme zum Entwurf von 1980	135
3.	Stellungnahme	135
4.	Zusammenfassung	136
III.	Der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen als Kunstbegriff	136
C.	Das COMI als Anknüpfungsmerkmal im Rahmen des EuInsÜ und der EuInsVO	137
I.	Zielsetzung der Zuständigkeitsregelung	137
1.	Exklusivität des Hauptverfahrens	137
2.	Erkennbarkeit des COMI für den Schuldner	138
a)	Eurofood IFSC Entscheidung des EuGH	138
b)	Das COMI der juristischen Personen und Gesellschaften	139
c)	Initiative Deutschlands und Finnlands zur EuInsVO.....	140
d)	Folgerung für die „Interessen“ des Schuldners	140
3.	Herstellung einer Nähebeziehung zum Schuldner	141
4.	Zusammenfassung	142

II. Unterteilung der natürlichen Personen in Selbständige und abhängig Beschäftigte	142
III. Das COMI der übrigen natürlichen Personen.....	143
1. Der Arbeitsort.....	144
2. Der Wohnsitz	144
3. Der gewöhnliche Aufenthalt	147
a) Erkennbarkeit des gewöhnlichen Aufenthalts	147
b) Die Verlagerung des COMI in einen anderen Mitgliedstaat	147
c) Möglichkeit des Auseinanderfallens von COMI und gewöhnlichem Aufenthalt	149
IV. Zusammenfassung	151
Kapitel 8: Abschließende Bemerkungen.....	153